Woher kommen die Zwiebeln?

Im Senegal hat ein Importstopp für Zwiebeln die heimische Produktion angekurbelt. Bei Reis wäre ein solcher Effekt und damit eine gesicherte Ernährung viel schwerer zu erzielen. **Von Uwe Hoering**

Zwiebeln überall! In roten Plastiksäcken sind sie vor Geschäften, im Markt, auf jedem freien Platz und Hinterhof gestapelt, junge Männer schleppen sie zu Lastwagen, bereit zum Abtransport. Potou, ein Marktflecken gut 100 Kilometer nördlich von Senegals Hauptstadt Dakar und unweit der Atlantikküste, ist ein Zentrum für den Zwiebelanbau. Zwar steht auf den meisten Säcken als Herkunftsbezeichnung Holland. Doch der Inhalt ist senegalesisch. Die Säcke stammen von Importen und werden einfach wiederverwendet. Denn seit 2003, als ein zeitweiliger Einfuhrstopp für Zwiebeln verhängt wurde, hat sich die einheimische Produktion mehr als vervierfacht. Und es gibt nicht genug Säcke. Zumindest mit Zwiebeln kann sich Senegal heute weitgehend selbst versorgen.

REUTERS

Zwiebelhändler in Senegals Hauptstadt Dakar, Mai 2005

Uwe Hoering arbeitet als Journalist seit Anfang der 1980er Jahre zu entwicklungspolitischen Themen. Seit Anfang der 90er Jahre gilt seine Aufmerksamkeit insbesondere der biologischen Vielfalt und der Desertifikation, aber auch internationalen Agrarfragen. Anfang Juni nahm er an einer von der Entwicklungsorganisation SOS Faim organisierten Journalistenreise zur Lage der Bauern und zur Agrarpolitik im Senegal (Westafrika) teil. Mehr dazu auf der von ihm betriebenen Website: www.globe-spotting.de/ernaehrungssicherheit.html

Zwiebelimportstopp

Noch vor zehn Jahren überschwemmten europäische Zwiebeln den einheimischen Markt. Sie waren nicht unbedingt billiger, aber besser und bei den städtischen Käuferinnen beliebter. Bis zum Ende der 1990er Jahre hatte die Regierung die Einfuhr durch Quoten einigermaßen steuern können. Doch dann mußten diese im Rahmen internationaler Handelsvereinbarungen aufgehoben werden. Bauernorganisationen forderten daraufhin mit Nachdruck einen wirksamen Schutz gegen die Importe, woraufhin die Regierung einen zeitlich begrenzten Einfuhrstopp für Zwiebeln verhängte – zunächst als Test für drei Monate. Inzwischen wurde der Zeitraum auf sechs Monate ausgeweitet.

Zahllose Farmer nutzten die Chancen, die sich dadurch boten. Im Schutz der Sperre verbesserte sich nicht nur die erzeugte Menge, sondern auch die Qualität. Heute seien sie kaum noch von importierten Zwiebeln zu unterscheiden, sagt der Vorsitzende der Bauernorganisation UGPN, die aktiv an der Mobilisierung für den Importstopp beteiligt war.

Für die Importsperre mußten allerdings auch die einflußreichen Händler eingebunden werden, sowohl diejenigen, die den heimischen Markt kontrollieren, als auch die Importeure, die gegen die Einfuhrbeschränkungen das Gesetz des freien Handels ins Feld führen konnten. Daß das gelungen ist, war entscheidend, erklärt Hassan Diouf von der senegalesischen Dachorganisation der Bauerngruppen, FONGS: »Jeder Akteur spielte in einem offenen Dialogprozeß mit« – Bauernorganisationen, Handel, Regierung. Eine unabhängige Regulierungsbehörde wacht darüber, daß die Vereinbarung eingehalten wird. Und der staatliche Mindestpreis bietet den Bauern eine gewisse Sicherheit.

Kaum genug zum Leben

Allerdings gibt der Großhändler in Potou, der verschanzt hinter Bergen von Zwiebelsäcken sitzt, unumwunden zu, daß sein Einkaufspreis für ein Kilo mit 120 CFA-Franc (Franc de la Communauté Financière d'Afrique, Franc der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion; umgerechnet ca. 20 Euro-Cent) weit unter dem Garantiepreis liegt. Denn der Erfolg hat auch seine Kehrseiten: Zwiebeln werden nun auch in anderen Regionen angebaut, und alle kommen mehr oder weniger gleichzeitig auf den Markt. Haltbarkeit und Lagerungsmöglichkeiten sind begrenzt, obwohl Bauernorganisationen und Regierung einige Vorratslager gebaut haben. So bleiben die Bauern bei der Vermarktung noch weitgehend abhängig von Händlern, die das System von einheimischer Produktion und Importen kontrollieren.

Mariama Ba kann denn auch von ihrem Acker von der Größe eines Fußballfeldes, einer Mulde zwischen Sanddünen am Rand von Potou, gerade so leben. Dank mehrerer Brunnen kann sie hier zwei Ernten im Jahr einbringen. Mehr als ein Dutzend Kulturen baut sie an, darunter Tomaten, Zwiebeln natürlich, Möhren, Kohl, Auberginen – alles für den Markt. Genug Land, um für die eigene Versorgung Hirse oder Reis anzubauen, hat sie nicht. Diese Grundnahrungsmittel muß sie kaufen. Rund 200 000 CFA (umgerechnet ca. 300 Euro) nimmt sie nach eigenen Angaben pro Jahr ein. Nach Abzug aller Kosten für Saatgut und Zwiebelsäcke, Transport zum Markt, Löhne für Saisonarbeiter aus dem benachbarten Mali, reicht es zum Leben, für Schulgebühren und so weiter. Doch viel bleibt nicht übrig.

Der Zwiebelerfolg führte indes dazu, daß der Anbau anderer Produkte wie etwa Kartoffeln zurück ging, weil er weniger lukrativ ist. Sie müssen jetzt zunehmend aus denselben Ländern importiert werden, aus denen auch die Zwiebeln kamen.

Als Blaupause tauglich?

Immerhin: Mit dem Importstopp für Zwiebeln zeichnet sich eine punktuelle Abkehr von der Politik ab, die im Namen der wirtschaftlichen Liberalisierung die Grenzen weit für scheinbar preiswerte Agrarimporte öffnete. Viele Familienbetriebe haben dafür bereits mit Ernährungsunsicherheit, Landverlust und Armut teuer bezahlt.

Könnte der Erfolg auch bei anderen Produkten wiederholt werden? Tatsächlich hat auch bei Geflügel ein Importstopp geholfen. Bis 2005 überschwemmte Hühnerfleisch aus der EU zu Dumpingpreisen den senegalesischen Markt und verdrängte die eigene Produktion. Mit den Betrieben verloren auch viele Futterlieferanten, Marktfrauen und Metzger ihre Einkommen. Zivilgesellschaftliche Gruppen und Bauernorganisationen verlangten deshalb Schutz gegen die Billigkonkurrenz. Ihnen kam ausgerechnet der Ausbruch der Vogelgrippe zu Hilfe. Er erlaubte einen Importstopp, um das einheimische Federvieh vor Ansteckung zu schützen. Daraufhin erholte sich die Produktion schnell.

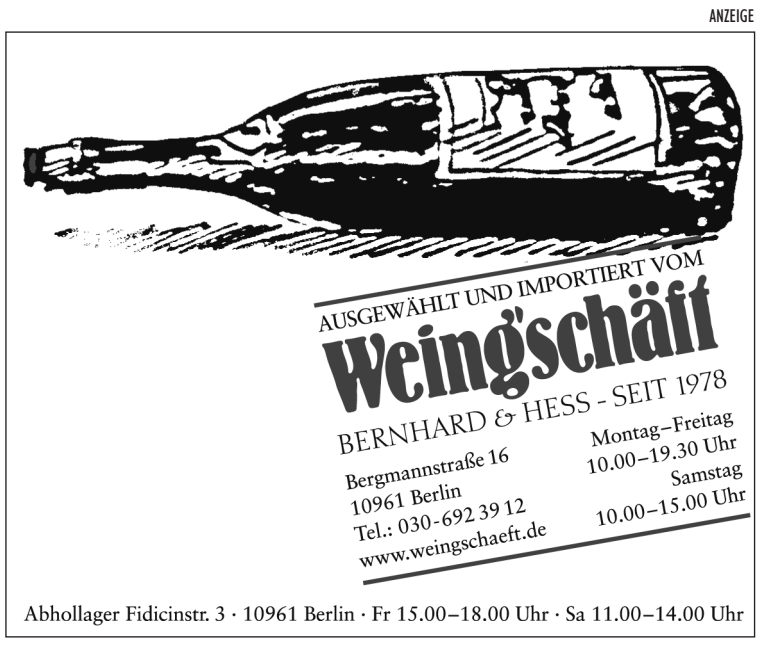
Weitaus schwieriger ist die Situation beim Hauptgrundnahrungsmittel Reis. Mehr als drei Viertel der verbrauchten Menge müssen jedes Jahr importiert werden – das entspricht in Tonnen dem Zehnfachen der seinerzeit gestoppten Zwiebeleinfuhren. Verführe man bei Reis genauso, würde das die Preise in die Höhe treiben und könnte Aufstände auslösen, wie es vor vier, fünf Jahren nach dem abrupten Preisanstieg für Getreide auf dem Weltmarkt in vielen Ländern der Fall war. Andererseits könnte ein Importstopp und ein daraus folgender Anstieg der Preise heimischen Bauern helfen. Sie könnten Möglichkeiten zur Produktionssteigerung nutzen und z. B. in die Bewässerung investieren. Zugleich würde der Anbau heimischer Getreidearten wie Hirse gefördert, die jetzt durch den importierten Reis an den Rand gedrängt sind.

Hassan Diouf plädiert wegen der genannten Gefahren für Geduld. Die Weichenstellungen, die mit der Einführung von Erdnußmonokulturen teils bereits in der Kolonialzeit, teils in den 1980er Jahren durch sogenannte Strukturanpassungsprogramme erfolgt sind, lassen sich nicht abrupt rückgängig machen. Doch die Landwirtschaft muß aus dem Teufelskreis herauskommen, für den europäischen Markt Marktfrüchte zu produzieren, um die Einfuhren bezahlen zu können. Die Abhängigkeiten müssen deshalb schrittweise verringert werden.

Selbstversorgung möglich

Die meisten Beobachter sind sich darin einig, daß der Senegal sich selbst ernähren könnte. Land und Wasser sind dafür vorhanden, sie müssen nur richtig genutzt werden. Die agroklimatischen Bedingungen sind, besonders durch den sich abzeichnenden Klimawandel, zwar schwierig, aber nicht hoffnungslos. Es gibt zahllose Ansätze, die Perspektiven aufzeigen – auch für einen besseren Zugang zu Saatgut und Dünger, zu Krediten für Landwirte, zu neuen Anbaumethoden.

Große Hoffnungen richten sich auf die im März gewählte neue Regierung, die versprochen hat, der ländlichen Entwicklung endlich die Priorität zu geben, die sie verdient. Landreformen wurden angekündigt, mehr Geld für die Landwirtschaft, ein Sozialplan für Bauern. Der Ausbau der Infrastruktur, der in den vergangenen Jahren vorangegangen ist, muß beschleunigt werden, damit nicht nur Plantagen entlang der Hauptstraßen ihre Produkte zum Markt bringen können, sondern auch die bäuerlichen Produzenten in abgelegenen Gebieten. »Wir müssen den Dialog mit der Regierung, der unter der vorherigen Regierung abgebrochen wurde, wieder aufnehmen«, sagt Hassan Diouf von FONGS, »und auf neue, bessere Gesetze hinarbeiten – sowie auf deren Umsetzung«.

Vor allem müsse die Regierung endlich die Landfrage lösen. Denn immer mehr Familien verlieren ihr Land an Bodenspekulanten und ausländische Großunternehmen, die Agrarprodukte für den Export nach Europa anbauen. Und ohne Land helfen auch die besten Agrarförderprogramme nicht.

ANZEIGE